



Bürgermeister Ludwig Eisenreich ist mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde konfrontiert.

FOTO: FRANZ GUTTENBERGER

Vorwurf: „Nötigung im Amt“

KOMMUNALWAHL Zwei Berchinger Stadträte haben Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Bürgermeister Ludwig Eisenreich erhoben.

VON MARKUS RATH

BERCHING. Wo gehobelt wird, da fallen Späne, das gilt auch für den Wahlkampf. Dabei ist aber Berchings Bürgermeister Ludwig Eisenreich nun auch nach eigener Erkenntnis über das Ziel hinausgeschossen. Die Kommunalaufsicht des Landratsamtes bearbeitet deswegen eine Dienstaufsichtsbeschwerde von Josef Neumeyer (ÖDP), der Eisenreich „Nötigung im Amt“ vorwirft. Das bestätigte Thomas Seger vom Landratsamt.

Eisenreich hatte dem designierten Bürgermeisterkandidaten der Freien Wähler, Gerhard Binder, als Reaktion auf dessen öffentliche Äußerungen zur Mäuseplage im Kindergarten Holstein in einem Schreiben einen plumpen, billigen Wahlkampf auf Kosten anderer vorgeworfen. Wenn das Verschweigen von Tatsachen, Aufbauschen von Kleinigkeiten, Verbreitung von Halbwahrheiten und manchmal sogar Unwahrheiten der Wahlkampfstil für die nächsten Monate werden solle, dann könne auch er, Eisenreich, anders. „Wenn es sein muss, werde ich

dann auch austeilen und die Öffentlichkeit darüber informieren, wie Sie, Herr Binder, teilweise mit weiblichen Bediensteten in Ihrer Einrichtung umgegangen sind (wir haben bereits einmal darüber gesprochen) bzw. wie Sie behinderte, hilflose Heimbewohner behandeln!“, schreibt Eisenreich in einem Brief an Binder und die Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, der nun über Neumeyer bei der Kommunalaufsicht gelandet ist.

Eisenreich räumt Fehler ein

Neumeyer beschuldigt Eisenreich darin im Falle Binders und in eigener Sache. „Am 22.10.19 in nichtöffentlicher Sitzung des Stadtrates drohte Bürgermeister Eisenreich, dass er belastende Dinge über ihn von seiner letzten Arbeitsstelle als Angestellter bei der Fa. Schabmüller öffentlich erzählen könne, bei nicht Wohlverhalten“, steht dort zu lesen. Für Neumeyer ist nicht hinnehmbar, wenn ein Bürgermeister mit diesem Stil arbeitet. „Sollten Binder oder ich gefehlt haben, so kann dies entsprechend angegangen werden; aber mit Drohen und Nötigen Wohlverhalten zu erzwingen, ist inakzeptabel!“ Er hoffe, die Dienstaufsicht verhilft seinem und Binders ehrenamtlichen Engagement zu dem nötigen Schutz vor Nötigung.

Eisenreich selbst hat auf Anfrage des Neumarkter Tagblatts in Bezug auf den Brief an Binder inzwischen eine „eventuell überzogene Reaktion von mir“ eingeräumt. Deshalb wolle er die

Aussage zurücknehmen. Er habe Binder in einem weiteren Schreiben versichert, diese Äußerungen im Wahlkampf nicht zu wiederholen oder zu verwenden. Sollte Binder den Satz als Drohung verstanden haben, so wolle er sich dafür entschuldigen. „Wir sollten einen fairen, sachlichen und vor allem ehrlichen Wahlkampf führen und die eigenen Stärken, nicht die vermeintlichen Schwächen des anderen, herausstellen!“

Als Rechtfertigung für sein Vorgehen führte Eisenreich an, dass er wegen Binders ungerechtfertigten Aussagen zum Kindergarten Holstein sehr verärgert und erbost gewesen sei. Auch er als Bürgermeister habe eine Würde, die er verteidigen müsse, denn „auch ein Bürgermeister muss nicht immer nur als Fußabstreifer herhalten!“ Zum

Thema Neumeyer sagte Eisenreich: „Nachdem er der Bauverwaltung wiederholt Inkompetenz vorgeworfen hat, habe ich mich vor meine Leute gestellt und ihn daran erinnert, wie er seine letzte Arbeitsstelle verlassen musste.“ Dazu stehe er auch.

Höffler fordert Gespräch

CSU-Fraktionsvorsitzender Andreas Höffler sagte dem Neumarkter Tagblatt, „es sollte dringend ein Gespräch der beiden Protagonisten geben“. Dies sei inzwischen auch vereinbart. Die Aussage des Bürgermeisters sei unter Druck passiert und „schriftlich führt sowas schnell zu Missverständnissen“. Die schriftliche Entschuldigung sei ein guter Schritt, reiche aber sicher nicht aus, um die Sache zu bereinigen.

Damit dürfte Höffler Recht behalten. Binder bestätigte zwar, dass ein Acht-Augen-Gespräch geplant sei, informierte aber auch darüber, dass er schon früher weitere Mail-Nachrichten mit entsprechenden Aussagen erhalten habe. Diese habe er nun auch an die Kommunalaufsicht zusammen mit einer eigenen Dienstaufsichtsbeschwerde weitergegeben. Er habe den Bürgermeister immer wieder aufgefordert Ross und Reiter zu nennen und ein mögliches Fehlverhalten von seiner Seite auch entsprechend anzuzeigen. Das sei bis heute aber nicht erfolgt. Binder: „Ich hoffe, dass ich diesen Angriffen bis zur Kommunalwahl mit der Dienstaufsichtsbeschwerde einen Riegel verschieben kann.“

HINTERGRÜNDE

Kindergarten Holstein: Seit sechs Jahren kommt es immer wieder zu Schädlingsbefall. Jetzt wurde die Notbremse gezogen und ein Ausweichquartier gesucht, bis der Kindergarten saniert ist.

Verzögerung: Die Planung für die Kindergartensanierung liegt schon länger in der Schublade. Sie wurde nicht verwirklicht, weil bis zum Sommer nicht klar war, ob die Schule in Holstein erhalten wird.